

Medienmitteilung

Thema Grünliberale fassen Parolen und wollen in den Regierungsrat.
Präsident David Wüest-Rudin verzichtet auf eine Kandidatur.

Für Rückfragen David Wüest-Rudin, Präsident, Telefon 079 517 21 17
Stefan Kaister, Vizepräsident, Telefon 061 681 66 66 (DW 74) / 079 226 79 89

Absender Grünliberale Partei Basel-Stadt, Postfach, 4015 Basel
bs@grunliberale.ch
www.bs.grunliberale.ch

Datum 15. Februar 2012

Grünliberale sagen NEIN zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle», JA zur Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!», JA zum Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele sowie NEIN zur Buchpreisbindung. Die Mitglieder nahmen zur Kenntnis, dass sich mehrere Personen für eine Regierungsratskandidatur gemeldet haben und beschlossen, grundsätzlich an der Wahl teilzunehmen. Präsident David Wüest-Rudin gab an der Versammlung seinen Verzicht auf eine Regierungsratskandidatur bekannt.

Parolenfassung

Ein überaus deutliches Nein gab es zur Initiative «6 Wochen Ferien für alle». Einstimmig, bei 5 Enthaltungen, wurde sie bachab geschickt. Barbara Gutzwiller-Holliger, Direktorin Arbeitgeberverband Basel, und Franz Renggli, Geschäftsführer Travail Suisse Nordwestschweiz, schenken sich auf dem angeregten Podium nichts. Dabei hatte der Gewerkschafter Renggli bei den Mitgliedern der Grünliberalen Basel-Stadt, viele davon selbst Unternehmer mit KMU-Betrieben oder Selbständige, einen schweren Stand. Obwohl alle gerne mehr Ferien hätten oder geben möchten, wollten die Mitglieder die Schweizer Unternehmer nicht noch zusätzlich mit Personalkosten belasten und damit die globale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes einschränken. Fast schwerer wog jedoch das Argument, dass tarifliche Eckwerte nicht in der Verfassung festgeschrieben, sondern in der Sozialpartnerschaft ausgehandelt werden sollen.

Entgegen der Parole der Schweizer Mutterpartei sagte die Versammlung danach mit 19 gegen 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen Ja zur Volksinitiative vom 18. Dezember 2007 «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!». In der Versammlung wurde zwar tatsächlich befürchtet, dass Investoren einfach auf bisher unberührtere Gebiete ausweichen und die Zersiedelung noch stärker gefördert wird. Die Initiative sei im Grundsatz mit der starren und willkürlichen Quote von 20% auch nicht liberal und darum abzulehnen. Eine Mehrheit folgte demgegenüber der Argumentation, dass nun endlich deutliche und griffige Zeichen gegen die Zersiedelung und Überbauung der wenigen Bodenressourcen gesetzt werden müssten. Dies sei eines der drängenden ökologischen Probleme unseres Landes. Die Revision des Raumplanungsgesetzes von 2011 sei ungenügend und zu wenig griffig und man sehe aus der Vergangenheit, dass Verfassung und Bundesgesetze in den Kantonen schlicht nicht umgesetzt würden, insbesondere dann, wenn der Vollzug den Kantonen und Gemeinden überlassen würde.

Unbestritten und praktisch diskussionslos beschloss die Versammlung ein Ja zum Bundesbeschluss vom 29. September 2011 über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»). Acht Enthaltungen zeugten allerdings davon, dass die Vorlage nicht sehr grosses Interesse und Engagement hervorgerufen hatte.

Ein deutliches und überzeugtes, nämlich einstimmiges Nein beschlossen schliesslich die Grünliberalen Basel-Stadt zum Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung. Dieses verstosse gegen Grundsätze der Partei, nämlich dass möglichst der Staat nicht in Marktmechanismen eingreifen soll. Staatlich administrierte Preise seien wenn immer möglich zu verhindern. Eine Kulturförderung über Produktpreise lehnen die Grünliberalen grundsätzlich ab. Wenn Buch- und Kulturförderung oder gar Förderung von kleinen Buchläden betrieben werden soll, dann direkt und transparent über Subventionen an einzelne Projekte. Die zusätzlichen Erträge durch eine Preisbindung flössen einfach den Verlagen zu, zum grossen Teil gar ausländischen Verlagen, was dem Kulturgut Buch nichts bringe. Angesichts des Online-Handels und des zugelassenen klei-

nen Grenzverkehrs sei eine Preisbindung zudem kaum wirklich durchsetzbar und die entsprechende Bestimmung zum «nicht gewerbsmässigen Handel über die Grenze» bringe einen komplizierten Vollzug.

Die Parole zur Bausparvorlage hatten die Grünliberalen bereits im Januar gefasst. Es resultierte ein deutliches Nein (vgl. entsprechende Medienmitteilung).

Grünliberale in den Regierungsrat, Wüest-Rudin verzichtet

Neben den Informationen zu den Grossratswahlen gaben vor allem die Regierungsratswahlen zu reden. Die Parteileitung informierte, dass aktuell mindestens zwei Personen bereit seien, eine Kandidatur anzupacken. Die Grünliberalen Basel-Stadt beschlossen nach engagierter Diskussion einstimmig bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung im Grundsatz, dass eine Teilnahme an den Regierungsratswahlen angestrebt werden soll. Offen ist noch, mit welchen Kandidaturen (Personen) und in welcher Verbindung bzw. ob allenfalls in unabhängiger Kandidatur.

Bevor dieser Entschluss gefasst wurde gab Parteipräsident und Grossrat David Wüest-Rudin seinen Verzicht auf eine Regierungsratskandidatur bekannt. Er habe sich eine Kandidatur lange und reiflich überlegt, zumal er aus der Partei mehrfach angefragt und dazu aufgefordert wurde. Er bedankte sich für das Vertrauen. Für ihn komme eine Kandidatur zu früh, insbesondere aus familiären Gründen. Ein Regierungsratsamt lasse zu wenig zeitlichen Spielraum für die Mitbetreuung seiner zwei kleinen Kinder (ein und fünf Jahre alt) und darum verzichte er im Moment auf eine Kandidatur.

Schliesslich informierte die Parteileitung die Mitglieder über verschiedene organisatorische Veränderungen und die Erneuerungswahlen in den Vorstand vom März 2012.